

Stand: 04.04.2026 14:20:15

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8934

"Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/8934 vom 11.11.2015
2. Beschluss des Plenums 17/9037 vom 12.11.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 57 vom 12.11.2015



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept für die Erstaufnahmeeinrichtungen für Asylbewerberinnen und Asylbewerber zu entwickeln, das Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter auf den Besuch der Regelschule vorbereitet, um ihnen bessere Start- und damit auch Integrationschancen zu ermöglichen.

Begründung:

Rund 40 Prozent der Flüchtlinge sind im schulpflichtigen Alter. Oft gehen Flüchtlingskinder erst dann zur Schule, wenn sie von einer Erstaufnahmeeinrichtung in eine Kommune oder einen Landkreis überwiesen werden. Nach dem Inkrafttreten des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes sollen Schutzsuchende künftig deutlich länger als bislang in Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben können. Es ist wichtig, früh mit der Förderung anzufangen – der wichtigste Schlüssel zur Integration ist die Sprache. Alle Flüchtlinge und Asylsuchenden sollten deshalb von Anfang an Zugang zu Bildung bekommen.

Eine längere Verweildauer in den Erstaufnahmeeinrichtungen führt zwangsläufig zu Verzögerungen beim Einstieg in das Bildungssystem. Wenn Integration in Bildung und Gesellschaft gelingen soll, brauchen wir ein bedarfsgerechtes Angebot für die Kinder und Jugendlichen unabhängig von ihrer Bleibeperspektive bereits vor ihrer Verteilung auf die Kommunen. Damit soll ihnen die Möglichkeit geboten werden, ein Kursangebot wahrzunehmen, das der sprachlichen und kulturellen Erstorientierung in Bayern dient.

Bildung ist ein Menschenrecht. Bisher fehlt ein staatliches Konzept und es gibt nicht genügend ausgebildete Lehrkräfte. Helferinnen und Helfer in Erstaufnahmeeinrichtungen müssen improvisieren. Das tun sie auch mit Erfolg. Aber: Es ist eine staatliche Aufgabe für ein Bildungsangebot zu sorgen. Deshalb fordern wir ein bedarfsgerechtes Förderkonzept, welches auf bereits bestehende Angebote aufsetzt.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Claudia Stamm, Dr. Sepp Dürr, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Jürgen Mistol, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/8934

Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Thomas Gehring

Abg. Carolina Trautner

Abg. Margit Wild

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann,
Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in
Erstaufnahmeeinrichtungen (Drs. 17/8934)**

Ich eröffne die Aussprache und darf hierzu Herrn Kollegen Gehring das Wort erteilen.
Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir jetzt viel gehört haben, was sich an Berlin richtet, und es jetzt darum geht, etwas konkret zu Bayern zu sagen, verlassen viele Kollegen den Saal. Das ist vielleicht bezeichnend dafür, wie wir die Asyldebatte im Landtag führen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist ein Menschenrecht, ein Kinderrecht und ein Recht von Jugendlichen. Kinder müssen in die Schule gehen, oder besser gesagt: Kinder müssen in die Schule gehen dürfen, egal welchen Aufenthaltsstatus sie haben, egal ob ihre Eltern beim Zirkus arbeiten und sie alle paar Wochen woanders sind, egal ob ihre Eltern das sind, was wir früher in der EWG als Wanderarbeiter bezeichnet haben, egal ob sie Flüchtlingskinder sind. Wir schätzen – auch das weiß die Bundesregierung nicht –, dass wir etwa 5.000 Kinder in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern haben. Wenn sie nach drei Monaten – so war bisher die Regelung – aus der Erstaufnahmeeinrichtung herauskommen, unterliegen sie der Schulpflicht. Mit dem Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz ist die mögliche Dauer des Aufenthalts in der Erstaufnahmeeinrichtung auf sechs Monate verlängert worden. Wir haben aber heute schon viele Kinder, die länger als drei oder sechs Monate, ja sogar neun oder zwölf Monate in der Erstaufnahmeeinrichtung sind. Für sie gelten schon lange nicht mehr die Regeln, die eigentlich für Asylbewerber gelten sollen.

Die Kinder, die bei uns ankommen, brauchen ein schulisches Angebot. Das heißt nicht, dass sie von morgens bis abends Schule mit vollem Stundenplan haben müs-

sen. Sie brauchen ein Angebot zum Ankommen. Sie brauchen eine erste Annäherung an die deutsche Sprache. Sie brauchen die Möglichkeit eines geregelten Ablaufs und einer pädagogischen Betreuung. Sie brauchen ein Stück Normalität in dem Sinne: Man geht zur Schule. Das ist gerade für Kinder, die auf der Flucht waren, die vielleicht schon seit Jahren nicht mehr in der Schule waren, weil ihre Schule zerbombt worden ist, ein wichtiges Angebot. Wir haben solche Angebote. Zum Teil sind es Angebote von Ehrenamtlichen in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir haben auch Angebote mit staatlicher Unterstützung. Notwendig ist aber, dass wir diese Angebote flächendeckend in allen Erstaufnahmeeinrichtungen machen und dass diese Angebote zu Regelangeboten werden. Wir müssen den Kindern diese Angebote machen; denn sie sind auch eine Vorbereitung auf den Schulbesuch nach der Zeit in der Erstaufnahmeeinrichtung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unabhängig davon, wo diese Kinder in einem Jahr oder in fünf Jahren sein werden, ob sie in Deutschland sein werden, ob sie in unser Schulsystem integriert werden oder ob sie wieder zurückgeschickt werden, ob sie in einem anderen Land sind, ob sie vielleicht in dem Land sind, aus dem sie hergekommen sind, und es ihnen dort besser geht: Sie brauchen die Schule. Die Zeit hierzulande muss dafür genutzt werden. Man sagt, drei oder sechs Monate Schule müssten es in dieser Zeit sein, vielleicht auch neun Monate. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir alle haben schon ein paar Jahre auf dem Buckel. Ein halbes oder ein Dreivierteljahr ist aber in der Lernbiographie eines Sechs- oder Achtjährigen eine lange Zeit. Diese Zeit darf nicht vergeudet werden. Diese Zeit muss zugunsten des Kindes genutzt werden. Deswegen müssen wir die Ansätze, die wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen haben, ausbauen. Wir brauchen ein Konzept eines schulischen Angebots in altersgemäßen Gruppen für die Kinder und Jugendlichen in unseren Erstaufnahmeeinrichtungen, die schulpflichtig sind. Das sind wir den Kindern und Jugendlichen schuldig. Dafür sollten wir uns einsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt darf ich Frau Kollegin Trautner das Wort erteilen. Bitte schön.

Carolina Trautner (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eines ist völlig unbestritten: Zur Teilhabe an einer Gesellschaft gehört das Beherrschen ihrer Sprache. In einem Punkt ihres Antrags haben die GRÜNEN auch völlig recht: Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Integration. Hierin herrscht über Partei- und Fraktionsgrenzen hinweg Einigkeit. Aber wir dürfen bei aller Bildungseuphorie eines nicht vergessen: Wir reden hier über Menschen, die bei uns Asyl suchen, also ihre Heimat teils unter schwierigsten Bedingungen, teils unter Bewältigung sehr langer und gefährlicher Wege verlassen haben. Unter diesen Voraussetzungen geht es doch zunächst in allererster Linie darum, dass diese Menschen ankommen. Es ist daher nicht zielführend, gleich in der Erstaufnahmeeinrichtung mit der Beschulung zu beginnen. Dort kommen die Leute an, verarbeiten zunächst die Strapazen der Flucht und fangen an, Vertrauen zu fassen und sich an die neue Umgebung zu gewöhnen. Sie müssen ärztlich untersucht und anschließend mit ihren Familien zügig in eine dauerhafte Einrichtung in einer Kommune bzw. einem Landkreis gebracht werden. Dabei halte ich es nicht für sinnvoll, mehrfach mit einer Beschulung und dem dazugehörigen Ausbau des sozialen Lernumfelds zu beginnen.

Die Schulpflicht beginnt nach drei Monaten. Dies ist vor dem Hintergrund der genannten Umstände, unter denen die Flüchtlinge hier ankommen, völlig richtig. Deshalb sprechen Sie wohl in Ihrem Antrag nicht von einer Beschulung, sondern von einer Vorbereitung auf den Schulbesuch. Essenziell für den Schulerfolg ist natürlich das möglichst zügige Erlernen der deutschen Sprache, um dem Unterricht in der Schule so schnell und so gut wie möglich folgen zu können. In den Erstaufnahmeeinrichtungen in München, Zirndorf, Deggendorf und Regensburg bietet das Staatsministerium seit Jahren vor Beginn der Schulpflicht freiwillig und subsidiär Vorkurse zur Deutschförderung durch staatliche Lehrkräfte. Das erwähnen Sie in Ihrem Antrag mit keinem Wort. Sie haben es jetzt in der Rede gesagt. Darüber freue ich mich.

(Beifall bei der CSU)

Kultusminister Spaenle hat es im Bildungsausschuss bereits ausgeführt: Die Ausweitung auf die anderen Erstaufnahmeeinrichtungen ist in Planung und in Arbeit. Zusätzlich gibt es Möglichkeiten durch Angebote weiterer Träger und ehrenamtlich Tätige.

Mir ist bewusst, worauf Ihr Antrag abzielt. Sie führen aus, dass es durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz zu längeren Verweildauern in Erstaufnahmeeinrichtungen von bis zu sechs Monaten kommen kann. Für diejenigen Fälle – da haben wir noch keine Erfahrung, das ist ja ganz neu -, die dann tatsächlich unter die Schulpflicht fallen und über drei Monate hinaus in einer Aufnahmeeinrichtung verbleiben, wird derzeit ein Konzept für Beschulungsmöglichkeiten erarbeitet. Auch hier reagieren und handeln wir also sofort.

Des Weiteren führen Sie aus, dass ein sehr hoher Prozentsatz, rund 40 %, der Flüchtlinge in Bayern im schulpflichtigen Alter sei. Ob bewusst oder nicht: Sie berücksichtigen dabei jedenfalls nicht, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die ja zum Großteil hier im Freistaat aufgenommen sind, überhaupt nicht in den Erstaufnahmeeinrichtungen auftreten, sondern in Jugendhilfeeinrichtungen gehen. Der hohe Prozentsatz erschließt sich nach meiner Meinung auch dadurch, dass die Berufsschulpflicht in Bayern erst mit 21 Jahren endet, in anderen Bundesländern schon mit 18 Jahren.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Zieht man außerdem noch einen Anteil der Schulpflichtigen aus sicheren Herkunftsländern ab, die in Manching oder Bamberg untergebracht werden und wohl bald wieder ausreisen werden, so reduzieren sich diese 40 % ganz schnell auf wahrscheinlich ungefähr die Hälfte. Davon kann man ausgehen. Hinzu kommt, dass syrische und eritreische Staatsangehörige sowie Christen, Mandäer und Jesiden aus dem Irak nach der Entscheidungspraxis des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge in der Regel die Voraussetzung für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft erfüllen. Das Bun-

desamt hat für diese Personengruppe daher ein beschleunigtes Asylverfahren eingeführt, um eine zeitnahe Anerkennung als Flüchtling zu ermöglichen. Diese Personengruppe kann die Erstaufnahmeeinrichtung oftmals innerhalb der ersten drei Wochen wieder verlassen. Das sollte bei dieser Gelegenheit klargestellt werden.

Der von uns eingeschlagene Weg ist der richtige. Wir werden unserer Verantwortung angesichts der immensen Herausforderung absolut gerecht und brauchen sicherlich keinen Vergleich mit anderen Bundesländern zu scheuen. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund, dass der Freistaat aktuell den Königsteiner Schlüssel eher übererfüllt, um es mal vorsichtig auszudrücken. - Ich habe es bereits im Bildungsausschuss gesagt: Außergewöhnliche Situationen erfordern außergewöhnliche Maßnahmen, die hier wirklich ergriffen wurden. Die Staatsregierung und die CSU-Fraktion haben für die Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit Fluchthintergrund ein sehr umfangreiches Bildungspaket geschnürt.

Dazu bedarf es eines finanziellen Kraftakts. Diese wertvollen Mittel müssen genau dort bedarfsgerecht eingesetzt werden, wo sie am meisten Sinn stiften; denn gespart wird hier wirklich nicht. Ich darf ganz kurz auf einige Punkte hinweisen. So bietet der Freistaat zu Beginn des noch jungen Schuljahres 471 Übergangsklassen und 440 Berufsintegrationsklassen und zusätzlich einen Pool mit zusätzlichen 50 Stellen für weitere Übergangsklassen, Deutschförderkurse und Deutschförderklassen an. Das Ganze funktioniert natürlich nur durch den immensen Einsatz unserer Lehrerinnen und Lehrer, denen ich an dieser Stelle Danke sagen möchte. Der Integrationspakt mit der bayerischen Wirtschaft und die digital gestützten Angebote zum Deutscherwerb sind anzusprechen. Mit dem Nachtragshaushalt – das ist mir ganz wichtig – werden wir 1.079 Planstellen für Lehrkräfte zur Verfügung stellen. Die Mittel hierfür sollen – das ist ganz brandaktuell – nicht erst zum Schuljahr 2016/17, sondern bereits zum 1. Januar 2016 in den Haushalt eingestellt werden.

(Beifall bei der CSU)

Damit können schon zu diesem Zeitpunkt Einstellungen erfolgen, das heißt, die Mittel der Nachschubliste in Höhe von 67 Millionen Euro werden an dieser Stelle um 58,8 Millionen Euro auf 126 Millionen Euro nahezu verdoppelt. Diese Erhöhung um 58,8 Millionen Euro geht auf das Gipfelgespräch zum Thema Asyl und Flüchtlinge zwischen unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und den Fraktionsvorsitzenden zurück, das am 30. Oktober in der Staatskanzlei stattgefunden hat. Dort wurde ein grundsätzliches Vorziehen der Planstellen verabredet. Unser Ministerpräsident hat Anfang dieser Woche ausdrücklich erbeten, dass alle Planstellen auf den 1. Januar 2016 vorgezogen werden, wofür ich ihm sehr dankbar bin. Dieser Sachverhalt wurde von den Oppositionsparteien im Haushaltsausschuss zwar ausdrücklich begrüßt; aber leider haben sie sich bei der Abstimmung des Gesamtpakets letztlich enthalten. Schade.

Als Bildungspolitikerin bin ich der Meinung, dass jeder Euro, der für die Bildung ausgegeben wird, gut angelegtes Geld ist. Da das zur Verfügung stehende Geld aber endlich ist, sollten wir als kluge Politiker darauf achten, dass das Geld an der richtigen Stelle eingesetzt wird, wo es am sinnvollsten verwendet und am dringendsten gebraucht wird und den anhaltendsten Erfolg verspricht. Ich denke, dieser Verantwortung werden wir mit unserem Bildungspaket gerecht. – Insgesamt ist der Antrag aus den genannten Gründen abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Frau Kollegin Wild das Wort. – Bitte schön, Frau Kollegin.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Trautner, ich wollte jetzt eigentlich nicht von Ihnen hören, was im Ministerium Tolles passiert, weil ich als Bildungspolitikerin genau weiß, was dort passiert; aber die Bewertung ist halt immer eine sehr unterschiedliche. Ich hätte von Ihnen sehr gern gehört, was Sie zu diesem Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN inhaltlich zu sagen haben. Darauf sind Sie nur sehr wenig eingegangen.

Den GRÜNEN geht es im Prinzip darum, dass die Kinder und Jugendlichen, die der Schulpflicht unterliegen, in den Erstaufnahmeeinrichtungen eine Förderung bekommen, damit die Zeit, bis sie in die Schule kommen, nicht ungenützt verstreicht. Dafür wollten die GRÜNEN ein Konzept hören. Darauf sind Sie nur sehr wenig eingegangen.

Vorhin haben wir sehr intensiv über Sprache gesprochen. Ich mag in diesem Zusammenhang keine Begriffe wie "Bildungsvermittlungseuphorie" hören. Wir sind verpflichtet, diese Kinder und Jugendlichen zu beschulen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht einfach darum, bestimmte Zeitfenster zu nutzen. Ich sage Ihnen noch eines: Es ist völlig unbestritten, dass die Kinder und Jugendlichen – das haben Sie ja so ausgeführt –, wenn sie ankommen und vielleicht jahrelang auf der Flucht waren, diverse traumatische Bilder vor sich haben und möglicherweise krank sind usw., zunächst etwas anderes brauchen. Natürlich brauchen die Kinder zunächst einmal das Gefühl, dass sie sicher sind. Sie brauchen eine saubere Kleidung. Sie brauchen ein warmes Essen. Sie brauchen eine Überprüfung, ob sie gesund sind oder nicht. Sie brauchen gewisse Hilfestellungen, um an dem Ort, wo sie jetzt leben müssen, zurechtzukommen. Sie müssen lernen, sich auf Regeln einzulassen.

Aber dann ist es doch auch unheimlich wichtig, dass man diesen Kindern und Jugendlichen, die möglicherweise schon sehr lange keine Schule mehr besucht haben und keine Bildungs- und Förderangebote mehr genutzt haben, Angebote macht; denn man darf doch ihre Potenziale und Möglichkeiten nicht einfach brachliegen lassen. Möglicherweise haben die Kinder und Jugendlichen gar kein Selbstvertrauen mehr und können ihre Fähigkeiten nicht mehr einschätzen. Womöglich haben sie keine Motivation mehr und wissen nicht mehr, wie interessant zum Beispiel ein Buch sein kann und wie schön Musik, Tanz oder Bewegung sein können. All das ist wichtig. Man muss ganz einfach sagen: Es ist doch nicht schade, wenn es ein Konzept gibt, wie man hier vorgeht.

Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass sich sehr viele Frauen, Männer und Initiativen um die Kinder kümmern und Sprachangebote machen - keine Frage. Ich kenne Leute, die Malerei usw. anbieten. Aber es ist doch wirklich wichtig, dass man diese Förderung plant, organisiert, koordiniert und Abstufungen macht.

Es ist in der Tat nicht so, dass die Staatsregierung hier viel unternimmt. Tatsächlich engagieren sich vor Ort die Initiativen, die Frauen und Männer ehrenamtlich und geben Deutschunterricht. Das macht nicht die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es schon Bekenntnisse gibt, dass Integration wichtig ist – ein wesentlicher Pfeiler von Integration sind Sprache und Bildung -, dann muss man diese Bekenntnisse ernst nehmen und mit Inhalten füllen. Keiner von uns sagt, dass das Angebot schulisch sein muss. Aber das Angebot muss doch vorbereiten, helfen und unterstützen. Mit Sicherheit stellt keiner in Abrede, dass das Angebot den Kindern möglicherweise unheimlich guttut, weil es sie von den Schrecknissen, die sie erlebt haben, wegholen kann. Da schadet es doch nicht, wenn man sich einmal Gedanken macht und ein Konzept entwickelt, sodass man – wie wir es immer sagen - eine gute Förderung von Anfang an ermöglichen kann und der Weg in die Schule unabhängig von der künftigen Schulart erleichtert wird. Was für unsere Kinder gilt, muss doch auch für die anderen Kinder gelten.

(Beifall bei der SPD)

Das hat in keiner Weise etwas mit Euphorie zu tun. Es hat etwas mit Humanität zu tun; es hat etwas mit Verantwortung zu tun. Da fasse ich Sie an Ihre Nase; denn Sie behaupten ja immer: Wir wollen sie auf dem Arbeitsmarkt integrieren, und die Integration steht im Vordergrund. – Wenn Sie sie auf dem Arbeitsmarkt integrieren wollen, ist der bestmögliche Schlüssel dazu eine gute Bildung. Die können Sie schon früh anbieten. Sie können die Kinder fördern und Impulse geben. Von Schule oder Verschulung, wie

es die GRÜNEN behaupten, wenn ich sie richtig verstanden habe, war überhaupt keine Rede.

Ich finde es sehr gut - das will ich nicht verhehlen -, dass man jetzt auch in Berlin zu einer Erkenntnis gelangt ist und die Bildungsministerin Frau Wanka angekündigt hat, dass im Dezember das Projekt "Lesestart" anlaufen soll. Das habe ich in einer Zeitung gelesen. Das ist toll und wunderbar; Lesen ist etwas Wunderschönes. Auch wenn man eine Sprache noch nicht so gut beherrscht, ist das Anschauen eines Bilderbuches etwas Wunderbares. Aber auch dafür braucht man Ehrenamtliche, und das sind, wie ich vorhin schon gesagt habe, viele Frauen und Männer.

Kollegin Trautner, ich mag es nicht, wenn es immer heißt, Ihr Weg sei der richtige.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU))

- Nein. Sie behaupten, Ihr Weg sei der richtige und alles, was sie tun, sei gut und richtig. – Alles, was gut ist, kann man auch besser machen.

(Beifall bei der SPD)

Man könnte doch in so einem Fall auch einmal sagen: Ja, da gehen wir mit; es wäre doch auch für uns gut, wenn wir ein Konzept hätten, mit dem wir hinausgehen und mit Hilfe dessen wir sagen könnten, was mit den Kindern und Jugendlichen passiert.

Ich sage Ihnen: Wenn wir hier nicht handeln, vertun wir viele Chancen. Daran, wie wir hier Bildung organisieren, werden wir noch viele Jahre gemessen werden. Das wird uns noch sehr lange beschäftigen. Man sollte nicht sagen: Wir machen jetzt schon alles sehr gut. – Noch einmal: Bildung lebt vom Wiederholen, vom Üben. Nichts ist so gut, dass man es nicht noch besser machen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Professor Piazzolo das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über einiges sind wir uns einig: Das Recht auf Bildung ist ein Menschenrecht; die Förderung der Sprache soll so früh wie möglich erfolgen; ein früher Einstieg ist gut.

Die Frage, über die wir heute diskutieren, lautet: Brauchen wir ein Konzept? – Grundsätzlich bin ich ein Freund von Konzepten. Die Frage stellt sich nur, ob es gerade in diesem Bereich sinnvoll ist, ein einheitliches Konzept zu finden. Ich glaube, es gibt so viel Verschiedenartigkeit bei den Kindern, die ankommen, an den Orten, an die sie kommen, und bei der Länge ihres Aufenthalts, dass man sie kaum einheitlich behandeln kann.

Es ist schon erwähnt worden, dass es in Bayern sehr große Erstaufnahmeeinrichtungen gibt, in denen sehr viele Kinder untergebracht sind. Inzwischen gibt es aber auch sehr viele sehr kleine Erstaufnahmeeinrichtungen. Es wird schon vieles unternommen. Das ist von der Kollegin bereits erwähnt worden. Die Gestaltung eines einheitlichen Konzepts ist sehr schwierig, wenn es so große Unterschiede hinsichtlich der Herkunftsländer, des Alters und der Voraussetzungen der Kinder gibt und die zeitlichen Rahmenbedingungen sich unterscheiden. In diesem Fall ist es sinnvoller, vor Ort flexibel und individuell zu reagieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genau das geschieht nach meiner Feststellung schon vielfach. Das geschieht zwar nicht in gleichem Maße; das geht auch gar nicht. Es gibt schon sehr viel ehrenamtliches Engagement. Es gibt auch schon an der einen oder anderen Stelle planvolles Handeln. Aber es lässt sich nicht durchsetzen, für Erstaufnahmeeinrichtungen, in denen sich die Kinder teilweise nur drei Wochen lang aufhalten, ein fertiges Konzept vorzulegen und es auf alle Kinder in gleicher Weise anzuwenden. Diese Vorstellung steht zwar nicht im Antrag, aber sie lässt sich ihm entnehmen. Insofern lautet meine Einschätzung: Der Antrag enthält zwar viel Richtiges, gerade hinsichtlich der Aus-

gangssituation; aber das Mittel, ein Konzept zu entwickeln, das wir dann auf alle Kinder, die zu uns kommen, eins zu eins anwenden können, lässt sich nicht realisieren und ist auch nicht das richtige.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER fordern eine möglichst schnelle Vermittlung von Bildung, ein möglichst schnelles Erlernen von Sprache und ein möglichst individuelles und flexibles Reagieren und Agieren. Dafür braucht es Geld und Personal. Dafür braucht es aus meiner Sicht nicht – das ist auch nicht im Antrag der GRÜNEN enthalten – Verschulung vom ersten Tag an, sondern dafür braucht es sehr viel Empathie, sehr viel Zuneigung und sicherlich auch Sprache. Dieses Angebot muss man individuell auf jedes Kind zuschneiden. Deshalb werden wir dem Antrag nicht folgen können. Wir nehmen aber die damit verbundene Intention auf und hoffen, dass die dahinterstehenden Ideen, die Sie einbringen, flexibel und individuell verwirklicht werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Spaenle um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! In der Tat, die möglichst frühe Beschulung der Kinder, vor allem der Kinder mit hoher Bleibeperspektive, ist ein wichtiges Anliegen. In meinem Stimmkreis liegt die Bayernkaserne. Aufgrund meiner persönlichen Erfahrung und als Mitglied des dortigen Bezirksausschusses habe ich sehr früh die Notwendigkeit erkannt, dass wir in den Erstaufnahmeeinrichtungen staatlich getragene Beschulungsangebote benötigen. Wir haben ein Konzept, wonach wir in jeder staatlichen Erstaufnahmeeinrichtung mit staatlichen Lehrkräften Unterrichtsangebote machen. Frau Kollegin Wild, das gilt auch für Einrichtungen, die erst in der Zukunft öffnen werden. Insofern ist Ihr Sachstand bereits um Monate überholt.

Wir haben solche Angebote in München, in Zirndorf, in Deggendorf und in Regensburg, und wir bauen diese Angebote weiter aus. Die Einrichtung in Schweinfurt ist bereits in Betrieb, dort besteht aber noch keine so große Nachfrage. In der Regel geht es dabei um Kurse im Umfang von sechs Wochen, da dies im Moment die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist. Das ist die erste Stufe.

Die zweite Stufe ist eine möglichst frühe Überführung dieser Kinder in die Übergangsklassen. Sobald die nötigen Sprachfähigkeiten vorhanden sind, sollten die Kinder in die Regelklassen überführt werden, und zwar in den Grundschulen und allen weiterführenden Schularten.

Bayern hat darüber hinaus das besondere und bundesweit einmalige Angebot der Berufsintegrationsklassen. Wir haben auch schon den nächsten Schritt unternommen, indem wir die jungen Leute in Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit in der dualen Ausbildung begleiten. Wir haben zwei Modelle, mit denen wir junge Menschen, bei denen die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen erreicht worden sind, an den Realschulen und den Gymnasien unterstützen wollen. Diese Modelle wollen wir im kommenden Schuljahr deutlich ausweiten. Das ist unsere Gesamtkonzeption.

Das momentane System beruht auf den Erfahrungen mit den Flüchtlingsbewegungen der Neunzigerjahre. Damals wurde die Definition der Schulpflicht im jetzigen Umfang und der jetzigen Konfiguration entwickelt. Eine nachhaltige Beschulung und das Einsetzen der Schulpflicht ist danach vorgesehen, wenn ein längerer Verbleib in einer Einrichtung, zum Beispiel einer Gemeinschaftsunterkunft, sicher ist. Dann sollen die Integrationsleistungen möglichst früh einsetzen. Die frühe Begegnung der Kinder mit der deutschen Sprache im Rahmen eines staatlichen Angebots ist jedoch an allen Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern State of the Art.

Frau Kollegin Wild, Sie haben richtigerweise festgestellt, dass es daneben Angebote dritter Träger, zum Beispiel der Inneren Mission oder Ehrenamtlicher, zum Erlernen der deutschen Sprache gibt. Außerdem haben wir in Bayern rund 70 Bildungsregio-

nen, die wir darauf hingewiesen haben, dass die Integration der jungen Flüchtlinge in den allgemeinbildenden Schulen und auf ihrem Weg durch die duale Ausbildung eine Aufgabe ist, die zusammen mit den Experten in den Bildungsregionen in den Landkreisen und kreisfreien Städte angegangen werden sollte. Wir haben des Weiteren die Entwicklungen der Schulpflicht im Hinblick auf die aktuellen Anforderungen im Blick. Die Anforderungen sind heute möglicherweise andere als in den Neunzigerjahren, als die Schulpflicht neu gefasst wurde. Wir werden darauf reagieren. Das ist die momentane Situation. Ich würde das, zumindest in Umrissen, als Konzept bezeichnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Nachdem die CSU jetzt eine namentliche Abstimmung beantragt hat - -

(Heiterkeit bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen, dass ich die Pflicht habe, dies so mitzuteilen. Das tue ich hiermit.

(Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Einmal, wenn wir mehr sind!)

Wir können daher erst zu einem späteren Zeitpunkt abstimmen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Wir wären bereit! – Inge Aures (SPD): Wir sind da!)

- Ich auch, Frau Kollegin. - Ich möchte noch bekannt geben, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/8936, 17/8937 und 17/8939 bis einschließlich 17/8941 sowie 17/8953 und 17/8954 in die zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden.

(...)

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich komme nun zurück zum Tagesordnungspunkt 6, Dringlichkeitsanträge, und dort zum dritten Dringlichkeitsantrag, dem Dring-

lichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen" auf Drucksache 17/8934. Hier ist namentliche Abstimmung beantragt, wie Sie alle wissen; diese führen wir jetzt durch. Die Urnen sind bereitgestellt. Ich eröffne die Abstimmung. Fünf Minuten Zeit!

(Namentliche Abstimmung von 17.04 bis 17.09 Uhr)

Jetzt gebe ich noch das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Hartmann, Kamm und anderer und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen" auf Drucksache 17/8934 bekannt. Mit Ja haben 48 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 12.11.2015 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Schulische Förderung von Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen (Drucksache 17/8934)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas	X		
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert		X		Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten		X	
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Häusler Johann		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Halbleib Volkmar	X		
Biedefeld Susann				Hanisch Joachim			
Blume Markus		X		Hartmann Ludwig	X		
Bocklet Reinhold		X		Heckner Ingrid		X	
Brannekämper Robert		X		Heike Jürgen W.		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Herold Hans		X	
Brückner Michael				Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Hiersemann Alexandra			
Celina Kerstin	X			Hintersberger Johannes			
				Hofmann Michael		X	
Dettenhöfer Petra				Holetschek Klaus		X	
Dorow Alex				Dr. Hopp Gerhard		X	
Dünkel Norbert		X		Huber Erwin		X	
Dr. Dürr Sepp				Dr. Huber Marcel			
				Dr. Huber Martin			
Eck Gerhard				Huber Thomas		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Eisenreich Georg				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen		X					
Fehlner Martina				Jörg Oliver			
Felbinger Günther		X					
Flierl Alexander		X		Kamm Christine			
Dr. Förster Linus				Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette			
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
				Knoblauch Günther	X		
Ganserer Markus	X			König Alexander			
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred			
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter		X	
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander		X	
Neumeyer Martin		X	
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz	X		
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela	X		
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin			
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta			
Wild Margit	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Gesamtsumme	48	88	0